

**Politische, wirtschaftliche und
soziale Entwicklung in Marokko 2003: “Mehr Demokratie für mehr
Monarchie II“**

Hans R. Blumenthal
Dezember 2003

Das Wichtigste auf einen Blick

Die veränderte Weltlage nach dem Fall der Mauer, das Bemühen des, vor allem in den „Bleizeiten“ der 70er und 80er Jahren, despotischen, quasi absolutistischen Königs Hassan II, seine Nachfolge zu bestellen, später auch der Einfluss des sog. Barcelona-Prozesses, der „euro-mediterranen Partnerschaft“, bewirkten eine allmähliche Liberalisierung und Demokratisierung Marokkos seit der ersten Hälfte der 90er Jahre. Am 13.09.1996, weniger als ein Jahr nach der Deklaration von Barcelona (28.11.1995), sieben Monate nach Unterschreiben des Assoziierungsabkommens mit der EU (26.02.1996) gab sich Marokko eine neue Verfassung, die fünfte seit der Unabhängigkeit (1962, 1970, 1972, 1992, 1996), die erste, der die traditionellen sozialistischen und nationalistischen Oppositionsparteien (USFP, PPS, Istiqlal) zustimmten. Zwei Jahre zuvor hatte Hassan II im Juli 1994 eine Amnestie für politische Gefangene und Exilierte deklariert.

Die sog. Alternanceregierung unter dem sozialdemokratischen Premierminister A. Youssoufi (1998-2002) und die Thronnachfolge nach 38 Jahren Herrschaft Hassan II, im Juli 1999, gaben der marokkanischen Liberalisierung neue Impulse. Das politische System Marokkos ist heute eine seltsame, aber stabile Dualität von parlamentarischer Demokratie und exekutiver Monarchie mit Überderterminierung letzterer. Die liberalisierenden und modernisierenden Impulse des Monarchen Mohamed VI in der Erziehungsreform, im Familienrecht, aber auch in der wirtschaftspolitischen Tagespolitik bewirken zugleich einen Verlust an Legitimation und Überzeugungskraft der politischen Parteien, des Parlaments und der Regierung des vom König im November 2002 eingesetzten Premierministers Driss Jettou. Sie, der 38 beigeordnete Minister und Staatssekretäre angehören, USFP und PI je 8, Rassemblement Nationale des Indépendants 6, Mouvement Populaire 6, Mouvement National Populaire 2 und zusätzliche 10 parteilose „Technokraten“, scheint seltsam abwesend und – in den Augen der Bevölkerung – überwiegend im Auftrag des Königs zu handeln. Nach den ersten, allgemein als frei und fair bezeichneten Parlamentswahlen vom September 2002 bewirkten auch die Kommunalwahlen vom September 2003 ein nur verhaltenes Interesse bei der Wahlbevölkerung. Das Ansprechen der großen Themen blieb dem König bzw. einem Beraterteam vorbehalten: wirtschaftspolitisch der Ausbau des Tourismus, die Entscheidung zum Bau eines Tiefwasserhafens am Mittelmeer in Konkurrenz zu den spanischen Häfen Algeciras und Ceuta, der Abschluss eines Freihandelsabkommens mit den USA möglichst bis Ende des Jahres, außenpolitisch die Westsaharfrage und innenpolitisch die Reform des Familienrechtes, der Moudawana, die nach dem Versagen einer über 2 Jahre arbeitenden Kommission von einem königlichen Expertenteam in kurzer Zeit entwickelt und vom Souverän am 10. Oktober dem Parlament vorgetragen wurde mit der Vorgabe, in 3 Monaten ein Gesetz beschlossen zu haben.

Das für die innenpolitische und sicherheitspolitische Entwicklung bestimmende Ereignis des Jahres, das wegen der folgenden weit über tausend Verhaftungen von Islamisten und der von Menschenrechtorganisationen berichteten Folterpraxis der Sicherheitsdienste, zugleich auf die Grenzen des marokkanischen Demokratisierungsprozesses verwies, waren die Selbstmordattentate des 16. Mai in Casablanca mit 44 Toten und mehr als 50 Verletzten.

1. Politische Entwicklung in Marokko 2003: Innen- und Außenpolitik

1.1. Die Attentate des 16. Mai : Wendepunkt in der politischen Geschichte des Landes?

Der virtuelle Wahlsieg der „Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung“ (PJD) in den Parlamentswahlen vom September 2002 hatte die marokkanische Illusion, ohne starken politischen Islamismus zu leben, zerstört. Die gut koordinierten Selbstmordattentate von Casablanca wurden von der Mehrheit der Marokkaner als Begräbnis der Trugbilder der „marokkanischen Ausnahme“, des Glaubens, Marokkos Islam sei ausschließlich spirituell orientiert und unfähig zur politischen Gewalt und des ganz „spezifischen“ Marokkos der interkulturellen Öffnung, religiösen Toleranz und fortwirkenden Modernisierung verstanden. Die Anschläge, die sich in erster Linie gegen die jüdische Gemeinde und Symbole westlichen Lebensstils (Hotels, Restaurants) gerichtet hatten, führten zur Verhaftung von tausenden Islamisten in weit angelegten Fahndungsaktionen, einer Polizeireform und zur Verstärkung der Sicherheitskräfte. Mindestens 1.400 Verhaftete wurden in Untersuchungshaft behalten. Bisher sind 16 Todesurteile und eine Vielzahl von hohen Haftstrafen verhängt worden. Wie schon im Falle der Verurteilung des kritischen Journalisten Ali Lmrabet – der allerdings mit anderen im Januar 2004 vom König begnadigt werden sollte - wurde von Menschenrechtsorganisationen Kritik an der Unabhängigkeit der Justiz und an den Folter-Praktiken der Sicherheitsdienste geäußert.

Die Zerstörung der marokkanischen Harmonie-Chimäre durch die Attentate vom 16. Mai erlaubte einen analytischeren Blick auf politische Akteure und Strukturen: zunächst stand die angeblich moderate, da den König als eine der wenigen islamistischen Gruppierungen als Amir Al Mouminine/Befehlshaber der Gläubigen anerkennende PJD im Blickfeld. Hatten nicht ihr nahe stehende Prediger in Moscheen Hass auf Juden und alles Fremde gepredigt, alles Islamische in simpler Weise veredelt, Karikaturen des Okzidents gezeichnet? Hatte die PJD nicht ihren Wahlkampf im letzten Jahr und die bisherige Wahlkampagne für die Kommunalwahlen in zumindest unfairer Weise mit „nur wer PJD wähle, wähle muslimisch“ geführt und eindeutig die Religion für Wahlkampf- und politische Zwecke missbraucht? Politische Zeitungskolumnisten und Gruppen der zivilen Gesellschaft wiesen allerdings auch darauf hin, dass nicht nur die PJD die Religion für politische Zwecke gebrauche sondern, dass Religion für den zentralen politischen Akteur Marokkos, den Monarchen, in seiner Eigenschaft als Amir Al Mouminine, zentraler Pfeiler seiner politischen Legitimität sei. Und dies erst in seiner jetzigen, den verfassungsmäßigen König über die Verfassung hebenden Form seit Anfang der 60er Jahre (gegen den anfänglichen Widerstand von Hassan II, wie es heißt). Gerade die Arabisierung der Schule, die Hassan II in den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts begonnen hatte, um ihren innenpolitischen linken Gegnern Unterstützung zu entziehen, das Einstellen des Unterrichts der Soziologie, Philosophie, Ethik, die mangelnde Aufklärung über den Okzident in Sekundärschulen und Universitäten habe die geistige Lehre und Engstirnigkeit bewirkt, die nun das Wachstum islamistischer, politischer Gruppierungen befördere. Wenn die vier politischen Gewalten in Marokko, die Legislative, die Exekutive, das Justizwesen und die Religion sich letztlich in Händen der Monarchie befänden, könnten sich - außer in der zivilen Gesellschaft - für eine moderne Demokratie notwendige Gegenkräfte nicht

ausreichend entwickeln. Ein „kastriertes“ Parlament und eine Justiz als Befehlsempfänger könnten nicht als Relais für die Forderungen nach mehr Demokratie und Modernität seitens großer Teile der marokkanischen Bevölkerung dienen.

Auch habe sich das damalige Angebot des seine Nachfolge vorbereitenden Königs Hassan II, ab 1997 mit seinen früheren Partei-Gegnern in großer Koalition zu regieren, als Folgeschweres erwiesen: die beiden großen Parteien, die nationalkonservative Istiqlal (PI) mit ihren religiösen Orientierungen und die sozialdemokratische USFP hätten sich im Bild der Bevölkerung dem Hofe zu sehr angenähert, also „makhzenisiert“ und damit ihr eigenständiges Profil und ihre Mobilisierungskraft verloren. Durch die Fortsetzung ihrer großen Koalition zusammen mit anderen Parteien auch in der jetzigen Regierung könne die islamistische PJD, als einzige Oppositionskraft, besonders anziehend wirken. Aufgabe sei es daher, das derzeitige Verhältnis-Wahlrecht zu ändern, um USFP und Istiqlal die Chance zu geben, alternierend als Regierungs- oder Oppositionspartei zu agieren.

Viele Vertreter des „demokratischen und modernen“ Sektors unterstützten nach den Attentaten ein Verbot der islamistischen PJD, blendeten damit algerische und tunesische Gefahren aus. Nur ein solches - zeitweises - Verbot gäbe der Istiqlal den Raum, jetzt der PJD zugelaufene Anhänger zurück zu gewinnen. Nach türkischem Vorbild erlaube es der PJD, sich zu einer demokratischen, nicht die Religion missbrauchenden, islamischen Partei zu wandeln. Im Meinungsstreit zwischen Vertretern repressiver Strategien und solchen eines gesellschaftlichen Dialogs mit den islamistischen Kräften, zwecks deren demokratischer Transformation, schienen zunächst die ersteren die politischen Aktionen zu bestimmen. Auf mittlere Sicht müsse es jedoch - so besonnenere Beobachter - zu einem verstärkten und vertieften Dialog über die Zukunft Marokkos kommen. Dies, da die marokkanischen Islamisten zum einen über eine zu große soziale Basis verfügten. Zum anderen aber auch, da die PJD ein natürlicher Alliierte der religiösen Legitimation der Monarchie sei und diese gegen zwei Seiten abschirme: den quasi-natürlichen, anti-absolutistischen Tendenzen der Linken auf der einen Seite und den anti-monarchistischen Orientierungen der radikaleren islamistischen Bewegungen, wie beispielsweise der des Al Adl Wa Al Ihsane von Cheikh Yassine auf der anderen Seite.

1.2. Die Kommunalwahlen vom 12. September: verspielte Chance der Regierungsparteien?

26 politische Parteien und 109 Unabhängige konkurrierten für fast 24.000 zu vergebende Sitze in kommunalen, regionalen und Provinzräten. Obwohl 5 politische Bewegungen, davon 3 islamistische, u.a. die von Cheikh Yassine und 2 der extremen Linken, zu den Wahlen nicht zugelassen worden waren, galten diese neunten Kommunalwahlen seit der Unabhängigkeit als erste transparente und faire. Dass sich 10 Regierungsmitglieder, auch Minister, für in den Kommunalwahlen zu vergebende Sitze, u.a. das in indirekter Wahl bestimmte Amt des Bürgermeisters von Casablanca, bewarben, zeigte eine „Nationalisierung“ und „Politisierung“ der Kommunalwahlen. Sie waren durch die Einführung eines neuen Gemeinderechtes (Charte communale) im Vorjahr, die den Kommunen bzw. der lokalen Demokratie Machtzuwachs und klarere Regeln bescherte, auch attraktiver geworden.

Nach ihrem beeindruckenden Erfolg in den Parlamentswahlen vom September 2002 galt als spannendste und entscheidende Frage, wie die islamistische Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (PJD) abschneiden würde. Damals war allgemein ein Erdrutschsieg der PJD in der Mehrheit der Städte Marokkos angenommen worden. Dann allerdings kamen die Attentate von Casablanca mit den beschriebenen Folgen. In Zirkeln der „Macht“, also des Hofes, sei über Möglichkeiten und Folgen eines Verbots der PJD nachgedacht worden, hieß es. Auf Druck des Palastes reagierte die Führung der PJD wie in den vorjährigen Wahlen erneut mit Selbstbescheidung, reduzierte ihr Kandidatenangebot auf knapp 20 % der Wahlkreise und –ämter, verzichtete auf sichere Kandidaturen und erreichte damit nur 2,58 % der zu vergebenden Wahlämter, damit nur den 12. Platz. Sie folgte ihrer „Strategie der Geduld“. PJD-Generalsekretär Eddine Othmani brachte es nach den Wahlen auf den Punkt: „Wir hätten die Mehrheit gewinnen können, aber wir haben dies vermieden“. Wo die PJD antrat, hatte sie Erfolg. Ihr Ergebnis zeigte, dass ihr der Sturm der Entrüstung nach dem 16. Mai, die Anschuldigungen von allen Seiten, sie bereite dem Terrorismus mit ihrem Diskurs ein Netz, nicht geschadet hatte. Sich dem Druck des Palastes mit self-containment zu beugen, schien ihr nicht schwer zu fallen, da es ihrem, die algerischen Lektionen berücksichtigenden Kalkül entsprach. Mit einer vor den Wahlen gemäßigten Darstellung fiel es ihr noch leichter, Proteststimmen anzuziehen. Für viele war die Stimme für die PJD lediglich eine zur Abstrafung der Sozialisten und anderer etablierter Parteien, die in 5 Jahren Regierungszeit übergroße Hoffnungen auf politische Änderungen und wirtschaftliche Besserungen enttäuscht hatten.

Offizieller Sieger der Wahl war diese traditionelle politische Klasse: 70 % der Sitze gingen an sechs von sieben in der Regierung vertretenen Parteien. An erster Stelle lag mit rund 17 % die nationalkonservative Istiqlal, die sozialdemokratische USFP verlor erneut Stimmen, blieb aber mit 14,7 % zweitstärkste politische Kraft (Ergebnis der Wahl siehe Anhang 5.3.1). Die traditionellen Parteien verspielten jedoch, vor allem wegen der Rivalität zwischen USFP und Istiqlal, ihre Chancen in den meisten größeren Städten, die Bürgermeister zu stellen. In von vielen als prinzipienlos betrachteten Koalitionen hätten die Parteien - so Kritiker - nach den Wahlen erneut bewiesen, dass es ihnen weniger um Politikgestaltung, als um Posten und Machtteilhabe ginge.

Mit knapp 54 % Wahlbeteiligung belegten die Kommunalwahlen für die einen die Fortschritte des marokkanischen Demokratisierungsprozesses. Andere allerdings schränkten dies ein, indem sie darauf verwiesen, dass der marokkanische Prozess in einem Kontext stattfände, in dem der König die Spielregeln festlege, die Spieler auswähle (Kandidaten, Premierminister, Souveränitätsminister, Generalsekretäre der Ministerien, Walis etc.) und zugleich der Schiedsrichter des Spieles sei. Dieses sei die Essenz der „marokkanischen Demokratie“. Die Chance einen anderen Demokratisierungsprozess einzuleiten, habe A. Youssoufi als Regierungschef der Alternance-Regierung ab 1998 verpasst. Damals habe Hassan II diesen als langjährigen Antipoden und Vertreter einer Regierung der Mehrheit benötigt, um als schwer kranker Mann seine Nachfolge sicherzustellen. Youssoufi habe das „Fenster der Gelegenheiten“ nicht erkannt. Er habe dem König damals abringen können, sich als konstitutioneller Monarch zu verstehen. Youssoufi habe somit die Chance verspielt, eine Art Bismarck für Mohamed VI zu werden. Dies hätte einen anderen Demokratisierungsprozess einleiten können. Heute sei es zu spät dafür, da die

Bedeutung des Königs zunehmen und da sich die Parteien (mit Ausnahme der PJD) hätten kooptieren/makzzenisieren lassen und daher für die Wähler keine attraktive Alternative darstellten.

1.3. Außenpolitik: Westsahara - Bewegung in einer unendlichen Geschichte?

Die Außenpolitik Marokkos verstand es geschickt, auch während des und nach dem Irakkrieg ihre sicherheits- und handelspolitische Anbindung an die USA mit der Verbesserung des Verhältnisses zu Spanien und der Vertiefung der Beziehungen zu Frankreich sowie der Anbindung an die europäische Union zu verbinden. Nach 16-monatiger Unterbrechung (der marokkanische Botschafter in Spanien wurde im Oktober 2001, der spanische in Marokko im Juli 2002 zurückgezogen) kehrten die Botschafter auf ihre Posten zurück. Arbeitsgruppen zum Angehen der unterschiedlichen Konflikte zwischen beiden Ländern wurden eingesetzt: illegale Immigration und Drogenschmuggel von Marokko über die Meerenge von Gibraltar nach Spanien, Sicherheit für marokkanische Agrarprodukte, Diskriminierung von marokkanischen Bürgern und Wanderarbeitern in Spanien, Vergabe von Ölexplorationsrechten durch Spanien in Meeresteilen zwischen Marokko und Spanien bzw. den kanarischen Inseln. Wegen der spanischen Weigerung kam allerdings der besonders konfliktreiche Punkt der Ansprüche Marokkos auf die spanischen Enklaven in seinem Territorium, Ceuta und Melilla, wie auch die Klärung der Territorialität vieler kleiner Inseln vor Marokkos Küste nicht auf die Verhandlungsagenda. Am 4. Dezember wurde schließlich ein Abkommen zwischen beiden Ländern unterzeichnet, das den Kampf gegen illegale Immigration und die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich besiegelt. Dies wird durch gemischte Polizeipatrouillen ab Januar 2004 umgesetzt werden. Während des Besuchs des spanischen Regierungsoberhauptes José Maria Aznar in Marokko wurde zudem am 9. Dezember ein Abkommen zur finanziellen Hilfe in Höhe von 360 Mio. Euro unterzeichnet. Spanien ist damit an den Punkt gelangt, Frankreich als ersten Investor in Marokko abzulösen.

Im wichtigsten Thema der marokkanischen Außenpolitik, der Westsahara-Frage, erlebte die marokkanische Diplomatie am Freitag, den 11. Juli einen Tag des Schreckens. Ausgerechnet der VN-Botschafter der USA, deren engster arabischer Verbündeter Marokko zu sein glaubte, brachte vor den 15 Mitgliedern des Sicherheitsrates einen Lösungsvorschlag für den seit 29 Jahren anstehenden und die VN beschäftigenden Westsaharakonflikt ein, der dem von Marokko abgelehnten Baker-Plan II entsprach.

Der Plan ist eine überarbeitete Fassung des von Baker 2001 vorgelegten „Rahmenabkommens“ und schlägt zunächst eine von Marokko selbst angeregte, weitgehende Autonomie der Sahara unter marokkanischer Souveränität in folgender Sequenz vor:

- bei Unterschrift des Abkommens Befreiung aller Verhafteten und Kriegsgefangenen beider Seiten;
- drei Monate nach Unterschrift feste Einquartierung und Reduzierung der Streitkräfte beider Seiten, sprich also vor allem der marokkanischen;

- ein Jahr nach Unterschrift Wahlen eines Westsahara-Parlaments und eines Chefs der Exekutive, die zuständig für das territoriale Budget, die Steuereinnahmen, die Polizei und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung wären. Marokko und sein König blieben der Souverän, zuständig für Außenbeziehungen, Verteidigung und Kontrolle der Waffen. Die Westsahara behielt die marokkanische Flagge, das marokkanische Geld und die marokkanischen Briefmarken;
- vier bis fünf Jahre nach der Unterschrift: ein Referendum, in dem die Wahlberechtigten über eine Integration in das marokkanische Staatsgebilde (a) eine Autonomie innerhalb Marokkos (b) oder die Unabhängigkeit der Westsahara (c) abzustimmen hätten.

Nach dem Plan sollen die Wahlberechtigten im Referendum Personen über 18 Jahre sein, die folgende Bedingungen erfüllen: sie müssten auf der Wählerliste, die von der VN-MINURSO bis zum 31.12.2002 erstellt wurde, figurieren, sie müssten auf der Liste des VN-Kommissars für Flüchtlinge benannt sein und damit als feste Bewohner der Flüchtlingslager bei Tindouf auf algerischem Boden anerkannt werden und sie müssten Personen sein, die am 30.12.1999 fest in der Sahara wohnten. Letzteres wurde als ein Zugeständnis verstanden, das Marokko begünstigt hätte.

Nachdem die Westsahara-Befreiungsfront POLISARIO den Plan zunächst abgelehnt hatte, stimmte sie nach der – taktisch unklugen - Ablehnung Marokkos und auch auf Druck des algerischen Präsidenten Bouteflika zu. Letzterer habe seine Wahlinteressen im nächsten Jahr und die Absicht Algeriens, Ende Januar 2004 einen Sitz im VN-Sicherheitsrat zu übernehmen, im Auge gehabt, hieß es.

Als neu gewählter Generalsekretär hatte Kofi Annan 1997 den früheren US-amerikanischen Außenminister James Baker, ein diplomatisches Schwergewicht also, zum Sonderbeauftragten der Westsahara-Frage ernannt. Spanien hatte 1884, in Berlin von den europäischen Mächten 1885 bestätigt, die Westsahara als Kolonie besetzt. Nach der Unabhängigkeit Marokkos (1956) im Norden, Mauretaniens (1960) im Süden und Algeriens (1962) im Osten und Rückzugsaufrufen der VN 1965 und 1966 kündigte Spanien im August 1974 die Aufgabe seiner Kolonie und ein Referendum für 1975 an. Der damalige marokkanische König, Hassan II widersprach der sich durch ein Referendum öffnenden Unabhängigkeitsoption und beanspruchte, unterstützt von der gesamten politischen Klasse Marokkos, die Westsahara als marokkanisches Territorium. Er bezog sich dabei - sehr selektiv - auf ein von der VN beim internationalen Gerichtshof in Den Haag bestätigtes Gutachten, das Mitte Oktober 1975 zwar historische Verbindungen und auch Unterordnungen seitens der Stammesführer der Westsahara gegenüber dem marokkanischen Sultan festgestellt hatte, allerdings keine Souveränitätsansprüche Marokkos begründete. Die damalige königliche Behauptung, der internationale Gerichtshof von Den Haag habe Souveränitätsansprüche Marokkos gegenüber der Westsahara bestätigt, ist bis heute in den Überzeugungen der allermeisten marokkanischen Bürger verankert. König Hassan II entsandte im Oktober 1975 Truppen in die Westsahara, die den Kampf mit der 1973 zum Kampf gegen die Spanier gegründeten Befreiungsfront POLISARIO aufnahm. Im sog. Grünen Marsch besetzten im November 1975 350.000 unbewaffnete Marokkaner die Westsahara und schufen damit Fakten. Ende des Jahres 1975 begann der Krieg zwischen Marokko, Mauretanien und der von

libyschen Geldern und algerischer Logistik unterstützten Frente POLISARIO, aus dem sich Mauretanien im August 1979 nach schweren Niederlagen durch die POLISARIO zurückzog und seine Ansprüche auf die Westsahara aufgab. Nachdem der Krieg, auch durch die Errichtung eines über 2.300 km langen, befestigten Sandwalls (Berm) die Guerillataktik der POLISARIO, sich auf algerisches Gebiet zurückzuziehen und von dort aus anzugreifen, unmöglich werden ließ, wurden 1988 zwischen POLISARIO und Marokko ein Waffenstillstand vereinbart, der überwacht von einer VN-Mission, MINURSO, seit 1991 in Kraft ist. Zwar hatte der marokkanische Monarch, Hassan II, schon 1981, auf Druck der Organisation für afrikanische Einheit (OAE) der Möglichkeit eines Referendums zugestimmt, ein solches wurde von Marokko allerdings immer nur als ein affirmatives, die Souveränitätsansprüche über die Westsahara lediglich bestätigendes gesehen. Marokko hatte später einen sog. „dritten Weg“, der eine weitgehende Autonomie der Westsahara, allerdings wiederum bei Anerkennung der marokkanischen Souveränität vorsah, vorgeschlagen. Dennoch hatte Marokko, das über 20 % seines Staatshaushaltes für die Sahara ausgibt und den größten Teil seiner Truppen dort stationiert hält, mit seiner Diplomatie versucht, lediglich den Status quo zu verlängern, „zu ermüden ohne ermüdet zu werden“, so die Formulierung eines MINURSO-Vertreterers.

Marokko sei nun zum Opfer seiner eigenen Inkoherenzen geworden, meinen ausländische Experten des Konflikts. Es habe sich zu lange seinen Illusionen hingeeben, eine Verzögerungs- und Hinhaltetdiplomatie der Status-quo-Beibehaltung würde den Saharakonflikt buchstäblich im Sande vergraben. Die Hinwendung der Welt zu wichtigeren Krisen würde Marokko - so das Kalkül - mit der Zeit eine Integration der Westsahara in marokkanisches Staatsgebiet bescheren, also das erhalten lassen, was es weder durch Waffengewalt noch durch Verhandlungen erreichen konnte. Die stereotype und repetitive Rhetorik der „Sakralität der territorialen Integrität“ und das unter Hassan II erlassene, unter seinem Nachfolger gelockerte de facto Verbot einer öffentlichen Diskussion des Saharaproblems haben die öffentliche und veröffentlichte Meinung hinsichtlich der Sahara in Marokko einseitig ausgerichtet: ihr Verlust würde die Legitimität des Königs, möglicherweise seine institutionelle Existenz und damit die des gesamten politischen Systems Marokkos in schwerster Weise gefährden. Nach der Resolution 1495, in dem der VN-Sicherheitsrat die Regelungen des Baker II Plans als empfehlenswert (strongly support) abstimmte, entfaltete Marokkos Diplomatie und der König selbst rege Aktivität. Von Präsident Bush erhielt der König die Zusage, die USA würden Marokko keinen Plan aufzwingen (impose). Frankreich argumentierte in die gleiche Richtung. Delegationen von Marokko-loyalen Notabeln der Westsahara bereisten Brüssel, Paris und Berlin und warnten davor, der Plan könnte Stammeskriege in der Sahara entzünden. Marokko argumentiert, auch eine nur temporäre Westsahara-Autorität, mit POLISARIO-Vertretern, der Justiz und Budget etc. unterstünden, würde alles tun, um sich zu verewigen und lehnt ein Referendum, das die Herauslösung der, fast die Hälfte des derzeitigen marokkanischen Staatsgebietes ausmachenden Westsahara auch nur als Option vorsieht, aus grundsätzlichen Überlegungen ab.

Zum ersten Mal allerdings entwickeln derzeit marokkanische Kommissionen klarere Vorstellungen über die Gestaltung einer autonomen Westsahara auf marokkanischem Territorium. In mehreren Reden schloss der König eine Aufgabe

der Sahara aus und attackierte, ohne es zu benennen, als „realen Opponenten“ Algerien, ohne dessen Unterstützung die POLISARIO kaum existieren könnte. Nach einem erneuten Beschluss Ende Oktober verlängerte der VN-Sicherheitsrat den Status quo bis Ende Januar 2004. Bis Anfang Januar wird Marokko seine in Ausarbeitung befindlichen Vorschläge dem VN-Generalsekretär unterbreiten müssen. Durch seine Unflexibilität hat Marokko derzeit den schwarzen Peter an sich gezogen. Eine Lösung der unendlichen Geschichte des Konflikts ist nicht in Sicht. Die Chancen eines Gesprächs mit der Perspektive einer Verhandlungslösung zwischen dem algerischen Präsidenten und dem marokkanischen Monarchen wurde erneut während des 5 + 5 Gipfels in Tunis, Anfang Dezember, vergeben.

2. Wirtschaftliche Entwicklung

Während seines letzten Staatsbesuches im Oktober des Jahres bekräftigte Präsident Chirac erneut seine Unterstützung des marokkanischen Wunsches nach einer besonderen Beziehung mit der EU, einem „statut avancé“, weniger als Mitgliedschaft aber mehr als Assoziierung. Als einem der südlichen Mittelmeerpartner (MP) der EU werden in Marokko, wie auch in anderen MPs Befürchtungen diskutiert, der EU-Beitritt von 10 neuen Ländern (AC10) mit ihren 74,5 Mio. Einwohnern könne die - ohnehin unbefriedigende - euro-mediterrane Partnerschaft, die über bilaterale Assoziationsabkommen festgeschrieben ist, erheblich verändern.

Während das Pro-Kopf-Brutto-Inlandsprodukt der AC10 durchschnittlich 30 % des EU-Durchschnitts beträgt, ist es in den MPs etwa 15 %. Auch die Arbeitslosenraten sind in den MPs erheblich höher als in den AC10. Hinzu kommt ein mit 2,8 % erheblich höheres Bevölkerungswachstum in den MPs als in den AC10 (0,3 % pro Jahr). Wegen des hohen Bevölkerungswachstums scheint die derzeitige Quasi-Stagnation der Arbeitsproduktivitätsentwicklung in den MPs fast schlüssig. Sie müssten ein 6 % bis 7 %iges Wachstum erreichen, um mittelfristig eine zunehmende Anzahl von Menschen wieder in den Arbeitsmarkt integrieren zu können. Hierfür wären starke Auslandsinvestitionen und eine Beschleunigung der internen Kapitalakkumulation und die beschleunigte Durchsetzung der dafür nötigen internen Reformen von Nöten. Derzeit spricht nicht allzu viel für einen solchen Weg. Wie die AC10 sind auch die MPs geplagt von Defiziten der Handelsbilanz. Anders als die AC10 allerdings, die diese mit dem Nettoexport von Dienstleistungen und über ausländische Direktinvestitionen ausgleichen können, haben die MPs nur sehr unzuverlässige Kompensationen: den Tourismus und die Geldtransfers von Immigranten, die in Europa leben. Direktinvestitionen sind dagegen schwach in der Region. Um größere Anstrengungen der EU zur Entwicklung ihrer südlichen Mittelmeerpartner zu fordern, wird gerne darauf verwiesen, dass den AC10-Bürgern aus Strukturfonds 545 Euro pro Kopf und Jahr zukommen, den Bürgern der MPs jedoch nur 14 Euro, also fast 39 mal weniger. Allein diese Zahl zeige schon, dass die euro-mediterrane Partnerschaft in ihrer jetzigen Ausrichtung und ihrem jetzigen Umfang den Abstand zwischen MPs und EU inklusive den AC10 nicht verringern, eher noch verbreitern könne. Von europäischer Seite wird darauf hingewiesen, die Reformprozesse in den MPs seien ungenügend und verspätet angegangen worden: sie bezögen sich vor allem auf die Exekutive, kaum aber auf die Legislative und die Justiz. Institutionen, die die nötigen Gesetze in Richtung Marktwirtschaft anwenden

könnten, seien bisher wenig entwickelt. Eigentumsrechte, vor allem intellektuelle, würden in den MPs nicht genügend beachtet, bürokratische Schwerfälligkeit, administrative Bremsen und sektorielle Restriktionen erschweren Direktinvestitionen. Auch der Privatisierungsprozess sei in den MPs weniger entwickelt als in den AC10, zudem seien die durchschnittlichen Protektionszölle in den MP mit 17,5 % erheblich höher als in den AC10 (5,2 %). Berücksichtige man aber die nicht tarifären Schutzmechanismen, so wird von marokkanischer Seite argumentiert, ergäbe sich ein anderes Bild, in dem beispielsweise Polen eine höhere Protektion habe als Marokko oder Tunesien. Zudem habe die EU selbst in der Landwirtschaft noch einen Schutz von rund 31,7 % und in der Industrie von 7 %.

Innerhalb der MPs gehört Marokko mit einem nach Kaufkraftparitäten berechneten Pro-Kopf-Einkommen von US\$ 3.690, vor Syrien (US\$ 3.250), aber nach Tunesien (US\$ 6280), Algerien (US\$ 5.330), Libyen (US\$ 4.470), Jordanien (US\$ 4.070) und Ägypten (US\$ 3.710) zu den armen Ländern. Auch in seinen sozialen Indikatoren hat Marokko, vor allem was die immer noch sehr hohe Analphabetenrate von ca. 49 % angeht, auch gegenüber seinen Nachbarn, Tunesien oder Algerien, erheblichen Nachholbedarf. Die Wachstumsperformance Marokkos hängt weiterhin stark von der Landwirtschaft und damit von Dürre- und Regenperioden ab. Wegen ausreichenden Regens wird sie in diesem Jahr um über 20 %, die Getreideproduktion gar um 55 % wachsen. Der diesjährige Boom der Landwirtschaft, vor allem der Getreideproduktion, konnte allerdings die mangelnde Produktivität der Landwirtschaft, vor allem der Getreideproduktion, nicht verdecken: mit 1,48 t/ha liegt Marokkos Produktion selbst noch unter der Tunesiens (1,9 t/ha). Die Wertschöpfung eines durchschnittlichen marokkanischen Bauern betrug nach Daten der Weltbank im Jahre 1999 US\$ 1.650 (1989: 1.700). In Tunesien liegt sie bei ca. US\$ 3.000, in Frankreich bei US\$ 50.000 und US\$ 22.000 in Spanien. Eine produktivitätssteigernde Reform des Landwirtschaftssektors mit Blick auf das Assoziationsabkommens mit der EU oder des derzeit verhandelten Freihandelsabkommen mit den USA könnte folglich dramatische Folgen haben.

Der Bausektor expandierte: zum einen wegen größerer öffentlicher Wohnungsbauprogramme, dem Ausbau des Straßennetzes, der Entwicklung mehrerer neuerer Tourismusressorts und dem Bau eines Tiefwasserhafens bei Tanger, aber auch wegen der gestiegenen internen Nachfrage.

Die Wachstumsrate wird für das Jahr 2003 besser ausfallen als im Vorjahr (3 %) und auf 5,2 bis 5,6 % geschätzt. Der Fischfang, Marokko ist der größte Sardinienexporteur der Welt, hatte ein schlechtes Jahr wegen klimatischer Veränderungen, aber wohl auch wegen Überfischung. Der Sektor der verarbeitenden Industrie wird knapp über 2 % wachsen, die Phosphatindustrie konnte um 2 bis 4 % expandieren, der Elektrizitätskonsum wuchs um 6,2 % in den ersten 7 Monaten des Jahres 2003. Wie in den meisten anderen MPs, mit Ausnahme des Libanon und der Türkei, sind auch in Marokko die makroökonomischen Größen weitgehend im Gleichgewicht: die Inflationsrate wird in 2003 unter den anvisierten 2% bleiben (2002: 2,8 %), auch die fiskale Position der Regierung hat sich gefestigt: in den ersten 7 Monaten 2003 sind die Einnahmen gegenüber dem Vorjahr insgesamt um 14,2 % gestiegen, die aus direkten Steuern um ca. 10 %, die aus indirekten Steuern um 6,9 %. Entsprechend den Vereinbarungen im Assoziationsabkommen mit der EU fielen die Einnahmen aus Zöllen. Andere Einnahmen, nicht steuerlicher Art, wuchsen um 95 %, vor allem wegen der Privatisierung der bisherigen staatlichen

Tabakmonopolbetriebe an eine französisch-spanische Gruppe. Die Ausgaben stiegen dagegen lediglich um 4,1 %; vom IWF werden weiterhin zu hohe Ausgaben an Löhnen und Gehältern kritisiert, die ca. 45 % aller öffentlichen Ausgaben ausmachen. Da die Regierung unter dem parteilosen, das Vertrauen des Königs genießenden „Technokraten“ Driss Jettou für 2004 die Senkung des Höchstsatzes der Einkommenssteuer von 44 auf 41,5 % und des Mehrwertsteuersatzes von 20 auf 19 % im Jahre 2004 plant und daher geringere Einnahmen zu erwarten sind, wird im nächsten Jahr mit stärkerem Druck auf die Fiskalpolitik gerechnet. Die an den Amtsantritt von Driss Jettou im November letzten Jahres geweckten großen Erwartungen der Wirtschaft scheinen sich in etwa zu bestätigen: die Liste der zur Privatisierung anstehenden Betriebe wurde erheblich erweitert, allerdings auch um solche, deren Verkauf kaum möglich sein sollte, und es gelang, nach 25 Jahren verschobener Entscheidungen, ein lang erwartetes neues Arbeitsgesetz verabschieden zu lassen das allerdings die sensiblen Streikregelungen ausspartete, die nun in einem weiteren Gesetz geregelt werden müssen. (Wirtschaftsdaten siehe Anhang 5.3.2)

Der Tourismussektor zeigt nach dem Einbruch durch den Irakkrieg und die Terrorattentate vom Mai in Casablanca leichte Tendenzen der Erholung. Französische und spanische Touristen kamen zu 4 % bzw. zu 7 % mehr ins Land, Deutsche (minus 28 %), Briten (minus 4 %), Italiener (minus 15 %) und US-Amerikaner (minus 15 %) allerdings, wie auch die Anzahl der Touristen aus Saudi-Arabien und den Golfstaaten blieben unter den Erwartungen. Nach den Daten der ersten 7 Monate des Jahres scheint das Defizit der Handelsbilanz im Jahre 2003 um rund 20 % zu wachsen. Importe nahmen auch wegen der steigenden Inlandsnachfrage um etwa 3,3 % zu, bei den Exporten waren Steigerungen bei elektrischen und elektronischen Gütern (+ 5,4 %), Zitrusfrüchten (+ 10 %), anderem Gemüse (+ 5 %), aber auch Einbußen bei Exporten von Fisch, Phosphaten und Phosphatderivaten und Ölderivaten zu verzeichnen. Letzteres da die größte Raffinerie des Landes im November 2002 von einem Feuer zerstört worden war.

Die Geldtransfers von Marokkanern, die im Ausland arbeiten, stiegen in den ersten 7 Monaten des Jahres um 2,4 % auf ca. 1,9 Mrd. US\$. Obwohl die Tourismuseinnahmen in Euro ausgedrückt um ca. 6,5 % sanken, wird wegen größerer Investitionen im Sektor mit positiven Ergebnissen im nächsten Jahr gerechnet.

Nach Schätzungen von marokkanischen Wirtschaftsinstituten wird das Wachstum in den Jahren 2004 und 2005 jeweils über 5 %, im Jahre 2005 gar auf über 5,5 % liegen.

Die Verhandlungen zwischen Marokko und den USA sollen mit der Unterschrift eines Freihandelsabkommens noch Ende dieses Jahres abgeschlossen werden. Marokko wird das zweite arabische Land nach Jordanien (2001) sein, mit dem die USA ein solches Abkommen trifft. Beide sollen ein erster Schritt zur Etablierung einer Freihandelszone im gesamten mittleren Osten „in einer Dekade“ sein, wie US-Handelsbeauftragter Zoellick in Rabat erklärte.

Während die baldige Unterschrift des Abkommens mit den USA als optimistisches Zeichen für die marokkanische Wirtschaft gedeutet wurde, kämpften die EU und

Marokko im Rahmen ihres Assoziationsabkommens mit den Mühlen der Ebene: Nach einer Verhandlungspause von 3 Jahren scheint Marokko ein Absenken seiner bisherigen 135 %igen Zollsätze auf 25 % für 800.000 t EU-Getreide zu akzeptieren. Im Gegenzug wird die EU die Quotierung für marokkanische Tomaten von 156.000 auf 168.000 t erhöhen, dem Wunsch Marokkos von 220.000 t nicht nachkommen.

3. Soziale Entwicklung

3.1. Gewerkschaften: Pluralismus oder Verzicht auf Einheit ?

Der ohnehin fragmentierte Gewerkschaftsszene mit drei „säkularen“ Gewerkschaftsverbänden UMT, UGTM, CDT und einer islamistischen Gewerkschaft UNTM, hat sich im April die neu gegründete Fédération Démocratique du Travail (FDT) hinzugesellt. Praktisch alle Mitglieder der neuen Gewerkschaft waren früher solche der Confédération Démocratique du Travail (CDT). Insofern hat die Neugründung den Charakter einer - durch die sozialdemokratische Partei USFP bewirkten - Spaltung. Vorausgegangen waren heftige Streitereien zwischen dem Führer der CDT, Amaoui, mit den Mehrheitsführern der USFP, Ex-Premierminister Youssoufi (bis zu seinem Rücktritt als Generalsekretär im Oktober) und Minister (seit Ende November USFP-Generalsekretär) El Yazghi. Die CDT trat 2002 offiziell aus der USFP aus und gründete eine neue Partei (Parti du Congrès National Ittihad), die allerdings keine Erfolge bei den letzten Wahlen verzeichnen konnte. Als Folge gründeten mehr als 20 ehemalige CDT-Einzelgewerkschaften gemeinsam die FDT. Ähnlich wie bei der Abspaltung der CDT von der UMT im Jahre 1978 begründete die FDT ihren Schritt mit der Abwesenheit interner Demokratie und den totalitären Ansprüchen des CDT-Führers N. Amaoui. Die CDT weist darauf hin, dass die Gründung der FDT ausschließlich parteipolitischen Interessen der USFP folgte, die sich nach der „Unbotmäßigkeit“ der CDT wieder eine neue gewerkschaftliche, soziale Basis schaffen wollte.

Die FDT-Neugründung scheint Bewegung in die Interaktionen der bisherigen Gewerkschaftsszene zu bringen: Vorher undenkbare Gespräche zwischen UMT und CDT haben stattgefunden, für die Vorbereitung eines Streiks im Erziehungswesen gab es sogar eine Koordination zwischen CDT und der islamistischen UNTM.

Was die nationale Repräsentativität angeht, so ging die CDT aus den Oktober-Wahlen für die zweite parlamentarische „Stände“-Kammer und aus den Wahlen für die paritätischen Betriebskommissionen gestärkt hervor. Was die Repräsentativität geht, so ist die Rangfolge heute: 1. CDT, 2. UMT, 3. UGTM (der Istiqlal nahe stehend), 4. die neue FDT (der USFP nahe stehend), 5. UNTM (der islamistischen PJD nahe stehend). Die CDT ist die einzige Gewerkschaft, die noch eine Fraktion in der zweiten Kammer des Parlamentes behalten hat. Obwohl erst neu gegründet, daher mit wenig Zeit für die Wahlvorbereitungen, ist die FDT stärkste Gewerkschaft im traditionell der USFP verbundenen Erziehungssektor. Hier, und im öffentlichen Gesundheitsbereich legte auch die islamistische UNTM zu.

Trotz zunehmenden Sozialdumpings und Unsicherheiten über die Einhaltung der im neuen Arbeitsgesetz verschriebenen Rechte, verschärft sich der Ton und damit der

„Bruderkrieg“ zwischen den Gewerkschaften, alle Gewerkschaften scheinen allerdings das Gespräch mit Premierminister Driss Jettou zu suchen.

3.2. Das neue Arbeitsgesetz: (Fast das) Ende einer unendlichen Geschichte

Vor 1998 waren USFP und die ihr damals noch loyal verbundene Gewerkschaft CDT gegen die Verabschiedung eines, u.a. eine Flexibilisierung der Arbeitsbeziehungen vorsehendes Arbeitsgesetz gewesen. Nach 1998 sah die Alternance-Regierung die Verabschiedung eines neuen Arbeitsgesetzes zusammen mit einem Investitions-, Zoll-, Steuer- und anderen Gesetzen als wichtige Bedingung für eine Verbesserung der Investitionsbedingungen in Marokko an. Seitdem hatten sich drei verschiedene Arbeitsminister aus drei verschiedenen Parteien vergeblich um die Verabschiedung des Gesetzes bemüht. Dass nun die zweite Kammer und das Abgeordnetenhaus das Gesetzesprojekt problemlos passieren ließ, hatte verschiedene Gründe:

Zum einen gab, nach der Abspaltung der Gewerkschaft FDT, die CDT ihren früheren grundsätzlichen Widerstand gegen die Verabschiedung auf und schien nun eher für die Verabschiedung eines „historischen“ Gesetzes stehen zu wollen. Zum anderen führte Premierminister Driss Jettou, der als Pragmatiker mit sozialer Ader gilt, die Verhandlungen zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen im April selbst und konnte so die Gewerkschaft UMT zum Einlenken bringen. Zum dritten führten die guten Verbindungen von Jettou zur Arbeitgeberorganisation CGEM, deren Präsident er einmal gewesen war, und die Erwartung eines Führungswechsels in der Organisation zu deren flexibleren Haltung. Auch Regierungsforderungen der patriotischen Einheit nach den Casablanca-Attentaten vom Mai und entsprechende Gefühle bei den Verantwortlichen werden ihren Teil zur Überwindung des langjährigen Stillstandes beigetragen haben.

Das neue Arbeitsrecht gilt als modern, ausgeglichen und liberal. Es versucht, ein Gleichgewicht zwischen dem Schutz der fundamentalen Arbeitsrechte (ILO Core Labor Standards) und den Notwendigkeiten größerer Flexibilität zwecks erhöhter Außenkonkurrenzfähigkeit der marokkanischen Ökonomie herzustellen. Es schafft Räte zur Förderung von Beschäftigung, eine Art Betriebsräte in den Unternehmen und regelt Schlichtungs- und Vermittlungsformen im Falle von Konflikten bei Tarifverträgen. Es regelt die Arbeitszeit, Ferienrechte, gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit, Gewerkschaftsfreiheit, Überstundenbezahlung, etabliert den Begriff der unberechtigten Kündigung und führt neue Gesundheitsstandards am Arbeitsplatz und deren Kontrollmöglichkeiten ein. Gestreikt werden kann, wenn 2/3 der Arbeiter einem Streik zustimmen und der Arbeitgeber mindestens 7 Tage vorher davon benachrichtigt wurde. Eine detaillierte Regelung bzw. Ausführungsbestimmungen für das Streikrecht soll noch nachgeliefert werden. Alle Seiten geben sich zufrieden, äußern allerdings Zweifel, ähnlich wie bei der vorgeschlagenen Reform des Familienrechtes, ob Recht und tägliche Praxis jemals in Einklang zu bringen sein werden.

4. Gender: „... und der König erschuf die Frau...“

„eine historische Revolution“ (Le Point), „das Wunder von Rabat“, „ein neues Marokko“ (El País) betitelten die Zeitungen ihre Berichterstattung am 10. Oktober.

Kurz nachdem Präsident Chirac während seines Besuches in Tanger die Modernisierung Marokkos durch engste Zusammenarbeit zwischen der EU und den südlichen Mittelmeerrändern beschworen hatte, eröffnete König Mohammed VI. mit einer Rede die Parlamentssitzungsperiode und schlug dem Parlament die Gleichstellung von Frau und Mann in einem neuen Familienrecht (Moudawana) zur Annahme vor. Er setzte Marokko damit in diesem Bereich, zusammen mit dem Libanon und Tunesien, an die Spitze der arabischen Welt. Die bisherige, nicht nur in der islamischen Religion, begründete Unterwerfung der Frau unter den Mann als Gegenleistung für dessen Unterhaltungspflicht wurde im reformierten Gesetzesvorschlag durch die gemeinsame Verantwortung der Familie ersetzt. Frauen erhalten durch die Reform u.a. das eigene Recht auf Scheidung bei Verfehlungen des Ehegatten, die Institution eines Vertrages über die Teilung des gemeinsam erworbenen Besitztums während der Ehe im Falle einer Trennung wurde eingeführt, das Heiratsalter der Frauen wurde von 15 auf 18 Jahre, ebenso wie bei den Männern, erhöht. Die bisher üblichen organisierten oder gar erzwungenen Heiraten durch obligatorische Heiratsagenten, Vater, Bruder oder Onkel, können von Frauen in Zukunft abgelehnt werden. Das Sorgerecht für die Kinder fällt in der Regel an die Frau. Das vom Mann missbrauchte islamische Gewohnheitsrecht, der in Marokko allerdings kaum praktizierten Polygamie wurde – als Zugeständnis an Islamisten und orthodoxe Oulemas (islamische Rechtsgelehrte) – zwar beibehalten, allerdings stark eingeschränkt und verrechtlicht: Frauen können im Heiratsvertrag die Polygamie ausschließen, in jedem Falle muss es ihr Einverständnis geben und sie können sich scheiden lassen, falls der Gatte ihr Recht nicht respektiert.

Zwei Reformansätze der nach der Unabhängigkeit verfassten Moudawana, 1979 und 1992 scheiterten. 1999 legte die ein Jahr zuvor angetretene „Alternance-Regierung“ des Sozialdemokraten Abderrahman Youssoufi einen „Plan zur Integration der Frau in den Entwicklungsprozess“ vor, der u.a. die Polygamie und die Verstoßung der Frau untersagen sollte. Wegen des „Drucks der Straße“, Islamisten hatten über 500.000 Anhänger für eine Gegendemonstration organisiert, übergab die Regierung Youssoufi im Jahre 2000 die Entscheidung dem König als Schiedsrichter und Befehlshaber der Gläubigen, der eine Kommission zur Beratung dieser Frage einsetzte. Diese arbeitete über zwei Jahre. Aufgrund innerer Streitigkeiten waren von der Kommission keine Reformen, sondern bestenfalls kosmetische Korrekturen erwartet worden. Nachdem sie dem König im September einen unbefriedigenden Vorschlag unterbreitet hatte, setzte der König – wie es heißt – ein Expertenteam ein, das den später von ihm vorgestellten Reformansatz erarbeitete. Die Begeisterung aller Seiten, auch der laizistischen Frauenorganisationen war groß. Sie wussten, dass eine Reform der Moudawana in einem Land mit islamischer Staatsreligion nur mit religiösen Argumenten politisch durchsetzbar war. Die Reaktionen der Vertreter der islamistischen PJD und der – größeren – islamistischen, Bewegung von Cheikh Yassine, „Gerechtigkeit und Wohlfahrt“ waren moderat und positiv. Sprecher der PJD kommentierten den Vorschlag zur Gesetzreform als Pionierprojekt, das den Interessen der Familie und der Frauen entspreche. Diese Reaktion wurde von einigen als Nachwirkung des Schocks der Attentate des 16. Mai und der anschließenden low-profile-Strategie der islamistischen Gruppierungen interpretiert. Gewinner war der König, der seine Stellung im Inneren, aber auch gegenüber dem Ausland als Modernisierer des Landes festigte. Dass er die Reform nicht per Dahir

dekretierte, sondern dem Parlament zur Beschlussfassung vorlegte, hatte dabei eine symbolisch positive Wirkung. Verlierer der königlichen Strategie waren sowohl die orthodoxen Oulemas als auch die politischen Parteien. Die Rede des Königs vor dem Parlament schien zu verdeutlichen, dass die gesamte demokratisch gewählte politische Struktur des Landes, darunter die Parteien, nicht die Zukunft Marokkos gestaltende Kräfte, sondern eher ausführende Organe ohne orientierende Kraft sind. Die Reform war ein Stück Integration in die internationale Gemeinschaft der allgemeinen Menschenrechtsnormen. Der Satz des Königs: „Ich kann nicht erlauben, was Gott verboten hat, und ich kann nicht verbieten, was Gott erlaubt hat“ praktizierte das religiöse Prinzip der Auslegung (Ijtihad), das den Islamisten auf ihrem Terrain die Hände band. Das vorgeschlagene neue Familienrecht distanziert sich klar von den orthodoxen wahabitischen und salafistischen Schulen des Islam. Es entspricht den Anforderungen der modernen Welt des 21. Jahrhunderts, der veränderten sozioökonomischen und demographischen Realität der marokkanischen Gesellschaft und einer modernen Interpretation der islamischen Religion. Es ist aber äußerst avantgardistisch in Bezug auf die vorherrschende Mentalität der Mehrheit der Bevölkerung. Nun gilt es, sowohl die konservative und korruptionsanfällige Justiz als auch vorherrschende Mentalitäten zu verändern, um der juristischen Modernisierung auch die tatsächliche, soziale Praxis folgen zu lassen. Nun gilt es diese und die Praxis der konservativen, auch korruptionsanfälligen Justiz zu verändern, um der - vom Parlament noch nicht verabschiedeten - Gesetzes-Modernisierung auch die tatsächliche, soziale Alltagspraxis folgen zu lassen.

ANHANG
ZUM JAHRESBERICHT 2003

Gesellschaftspolitisches Beratungsprogramm MONA

Teilprojekt Marokko

Teil I
Politische, wirtschaftliche und
soziale Entwicklung in Marokko

5. Anhang

5.1 Abkürzungsverzeichnis

CDT	Confédération Démocratique du Travail	Demokratischer Gewerkschaftsbund
CGEM	Confédération Générale des Entreprises du Maroc	Allgemeiner Bund der marokkanischen Unternehmer
FDT	Fédération Démocratique du Travail	Demokratischer Arbeiterverband
MINURSO	Misión de las Naciones Unidas para el Referendum des Sáhara Occidental	UN-Mission für ein Referendum zur Westsahara-Frage
MNP	Mouvement National Populaire	Nationale Volksbewegung (Partei; ethnisch, berberisch)
MP	Mouvement Populaire	Volksbewegung (Partei; ethnisch, berberisch)
MP	Mittelmeerpartner	(Seite 7 und 8)
PGSU	Partie de la Gauche Socialiste Unifiée	Partei der vereinigten Linken (links-sozialistisch)
PI	Parti Istiqlal	Istiqlal Partei (konservativ)
PJD	Parti de la Justice et le Developpement	Partei der Gerechtigkeit und Entwicklung (islamistisch)
PPS	Parti du Progrès et du Socialisme	Partei des Fortschritts und des Sozialismus (Partei; links)
RNI	Rassemblement National des Indépendants	Nationale Sammlungsbewegung der Unabhängigen (Partei; liberal, oligarchisch)
UGTM	Union Générale des Travailleurs Marocains	Marokkanische Arbeitervereinigung

UMT	Union Marocaine du Travail	Marokkanische Arbeitervereinigung
UNTM	Union Nationale des Travailleurs Marocains	Nationale Vereinigung marokkanischer Arbeiter (PJD- nahe Gewerkschaft)
USFP	Union Socialiste des Forces Populaires	Sozialistische Vereinigung der Volkskräfte (Partei, sozial- demokratisch)

5.2 Kabinettsliste

Regierung Driss Jettou (Wahlen vom September 2002)

Name	Amt	Partei
Driss Jettou	Premierminister	Parteilos
Abbas El Fassi	Staatsminister	PI
Mohamed Benaissa	Minister für auswärtige Angelegenheiten und Zusammenarbeit	Parteilos
Al Mustapha Sahel	Innenminister	parteilos
Mohamed Bozoubaa	Justizminister	USFP
Ahmed Toufiq	Minister für islamische Angelegenheiten	Parteilos
Mohamed El Yazghi	Minister für Bodenplanung, Wasser und Umwelt	USFP
Fathallah Oualalou	Minister der Finanzen und der Privatisierung	USFP
Abdessak Rabiaa	Generalsekretär der Regierung	Parteilos
Mohand Laenser	Minister für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung	MP
Mustapha Mansouri	Minister für Arbeit, Soziales und Solidarität	RNI
Habib El Malki	Minister für nationale Erziehung und Jugend	USFP
Khalid alioua	Minister für Hochschulwesen und Wissenschaft	USFP
Najib Zerouali	Beauftragter Minister für Modernisierung des öffentlichen Sektors	RNI
Mohamed Achaari	Kulturminister	USFP
Mohamed Aujjar	Menschenrechtsminister	RNI
Mohamed El Khalifa	Minister für Handwerk und soziale Ökonomie	PI

KARIM GHELLAB	MINISTER FÜR AUSSTATTUNG UND TRANSPORTWESEN	PI
Rachid Talbi El Alami	Minister für Industrie, Handel und Telekommunikation	RNI
Adil Bouiri	Tourismusminister	PI
MohammedCheikh Biadillah	Gesundheitsminister	Parteilos
Mohammed Taieb Rhafes	Minister für Fischfang	RNI
Mohammed Saad El Alami	Minister für die Beziehungen mit dem Parlament	PI
Mohammed Boutaleb	Minister für Energie und Minen	MNP
Nabil Benabdallah	Kommunikationsminister, Regierungssprecher	PPS
Mustapha Mechahouri	Minister für Außenhandel	MP
Abderrahman Sbai	Beauftragter Minister des Premierministers, für die Verwaltung der Verteidigung	Parteilos
Taieb Fassi Fihri	Beauftragter Minister für auswärtige Angelegenheiten und Zusammenarbeit	Parteilos
Frau Nezha Chekrouni	Beauftragter Minister für auswärtige Angelegenheiten und Zusammenarbeit, zuständig für im Ausland residierende Marokkaner	USFP
Fouad Ali-El Himma	Beauftragter Minister für Innere Angelegenheiten	Parteilos
Omar Fassi Fihri	Beauftragter Minister des Ministers für Hochschulwesen und Wissenschaft, zuständig für den Bereich Forschung	PPS
Abderazzak El Mossadeq	Beauftragter Minister des Premierministers, zuständig für wirtschaftlichen Angelegenheiten und der Wirtschafts Anpassung	Parteilos

TOUFIQ HJIRA	BEAUFTRAGTER MINISTER DES PREMIERMINISTERS, ZUSTÄNDIG FÜR WOHNUNGSBAU UND STADTPLANUNG	PI
Abdelkebir Zahoud	Staatssekretär des Ministers für Bodenplanung, Wasser und Umwelt, zuständig für Wasser	PI
Mohammed El Morabit	Staatssekretär des Ministers für Bodenplanung, Wasser und Umwelt, zuständig für den Umweltschutz	MNP
Frau Yasmina Baddou	Staatssekretärin des Ministers für Arbeit, Soziales und Solidarität, zuständig für die Familie, die Solidarität und soziales Handeln	PI
Said Oulbacha	Staatssekretär des Ministers für Arbeit, Soziales und Solidarität, zuständig für die Berufsausbildung	MP
Frau Nejma Rhozali	Staatssekretärin des Ministers für nationale Erziehung und Jugend, zuständig für die Alphabetisierung und die informelle Erziehung	RNI
Mohammed El Gahs	Staatssekretär des Ministers für nationale Erziehung und Jugend, zuständig für die Jugend	USFP

5.3 Statistischer Anhang

1. Ergebnisse der Kommunalwahlen, 12 Sept. 2002

Partei	Anzahl der Sitze	In %
Parti Istiqlal (National-konservativ)	3,890	17.0
Union Socialiste des Forces Populaires (Sozialdemokratisch)	3,373	14.7
Rassemblement National des Indépendants (Mitte)	2,841	12.4
Mouvement Populaire (Mitte-Berber)	2,248	9.8
Union Démocratique (Links-Berber)	1,515	6.6
Mouvement National Populaire (Mitte-Berber)	1,406	6.1
Parti du Progrès et du Socialisme (Sozialdemokratisch)	1,207	5.3
Union Constitutionnelle (Rechts-liberal)	959	4.2
Parti National Démocrate (Liberal)	889	3.9
Front des Forces Démocratiques (Sozialdemokratisch)	726	3.2
Parti de la Justice et du Développement (Moderat-islamistisch)	593	2.6
Parti Socialiste Démocratique (Sozialdemokratisch)	469	2.0
Parti Al Ahd (Sozialdemokratisch)	437	1.9
Alliance des Libertés (Liberal)	429	1.9
Parti de la Gauche Socialiste Unifiée (radikal-links)	303	1.3
Mouvement Démocratique et Social (Mitte Berber)	301	1.3
Parti de la Réforme et du Développement (Mitte)	253	1.1
Congrès National Ittihadi (Abspaltung der USFP)	240	1.0
Parti de l'Environnement et du Développement (Liberal-grün)	168	0.7
Parti du Renouveau et de l'Équité (Mitte-Berber)	125	0.5
Parti Marocain Libéral (Liberal)	114	0.5
Parti Démocratique et de l'Indépendance (Rechts-mitte)	96	0.4
Initiative Citoyenne et Développement (Berber)	71	0.3
Parti des Forces Citoyennes (Liberal)	71	0.3
Parti du Centre Social (Mitte)	67	0.3
Parti de l'Action (Mitte)	43	0.2
Parteilose Kandidaten	109	0.5

Quelle : Innenministerium, Oktober 2003

2. Wirtschaftsstrukturdaten Marokko

Wirtschaftsdaten	2001	2002	2003	2004
Wachstum in %	3.0	5.2	4.7	5.7
Wachstum Landwirtschaft in %	13.8	23.0	-1.0	5.0
Arbeitslosenrate in %	18.0	19.0	19.0	18.5
Inflation	2.8	1.6	1.7	2.4
Haushaltsdefizit (inkl. Privatisierung) (% BID)	-4.3	-3.5	-4.0	-3.6
Exporte FOB (US\$ Mia)	7.9	8.4	9.3	9.6
Importe FOB (US\$ Mia)	10.9	12.4	13.0	13.7
Außenschuld (Jahresende US\$ Mia)	17.1	17.1	16.4	15.8
Wechselkurs Dh zu US\$	11.02	9.63	9.40	9.9
Wechselkurs Dh zu Euro	10.41	10.90	11.57	11.73

Quelle: Economist Intelligence Unit, November 2003